

Tausend kleine Königreiche

Öffentlichkeit und Kommunitarismus in den Philippinen

Wie Umfragen und auch eine eigene Studie (siehe: »Nur, wenn man es wirklich, wirklich nötig hat«, südostasien 3/2016, S. 42–47) zu Fragen des öffentlichen Lebens in den Philippinen gezeigt haben, sind unter den meisten Filipin@s a) eine Gemeinschafts- und Familienorientierung weit verbreitet und b) die Erwartungen an die Regierung bescheiden. Während dem Staat soziale Verpflichtungen zugeordnet werden, so gelten diese doch als nachrangig. Die Studien zeigten, dass c) Bürgerpflichten mehr betont werden als die Rechte, die man als Bürger hat, d) harte Arbeit und Bildung als die wichtigsten Mittel gelten, um im Leben voranzukommen.

Dieses Verständnis vom Zusammenspiel von Staat und Bürgerschaft wird in der politischen Theorie als »Kommunitarismus« bezeichnet. Reinhard Zintl charakterisiert in dem 1996 in Opladen erschienenen Sammelband *Die Politisierung des Menschen – Instanzen der politischen Sozialisation* den Kommunitarismus als eine »Staatsaufgabentheorie«, in der »die Wirtschaft als Beziehungsgeflecht erlebt (wird), in dem der Staat als ein Akteur unter anderen erscheint, zwar nicht imstande zur Steuerung, aber einflussreich genug, um individuelle Chancen zu begünstigen oder zu beschränken«. Und folgert daraus: »Man kann nur zusehen, wie man die eigene Haut rettet.« (sic!) Zintl grenzt sie von zwei anderen »Staatsaufgabentheorien« ab (»Laissez-faire« und »Interventionismus«), die den politischen Philosophien von Liberalismus und Sozialismus ähneln. Weder dem einen, noch dem anderen Modell neigt eine Mehrheit der Filipin@s zu, wie die oben erwähnten Studien ermitteln konnten.

Auch die meisten »Hindernisse und Brücken für eine demokratische Kultur«, die Fernando Zialcita in seinem gleichnamigen Artikel für die Philippinen identifiziert hat, reflektieren direkt oder indirekt ebenfalls eine mehrheitlich kommunitaristische Orientierung unter den Filipin@s.

Offensichtlich gilt das für Phänomene, die Zialcita als »Familialismus«, als »Personalismus« (dem Vorrang der Loyalität gegenüber Personen über das Befolgen von Normen) und als »schwachen Sinn fürs Gemeinwohl« identifiziert hat. All diese Phänomene sind von einem Fokus auf den konkreten Anderen (*hindi ibang tao* – wörtlich: nicht eine andere Person) und die unmittelbare soziale Umgebung charakterisiert und gelten als typisch für eine kommunitaristische Haltung.

Sie manifestiert sich in einer deutlichen Abgrenzung zwischen dem öffentlichen und dem privaten

Raum. Der öffentliche Raum wird vernachlässigt und gilt als schmutzig und chaotisch; die Straße ist eine Arena des Wettbewerbs und der Rivalität, in der die Befolgung der Regeln von den Akteuren oft beliebig interpretiert wird. Straßenkreuzungen ohne Ampeln und Verkehrspolizisten bieten dafür Anschauungsunterricht. Schnell entsteht hier ein Stau ohne Ende, da niemand nachgeben möchte und von allen Seiten die Kreuzung blockiert wird. Es wird geschimpft, geschrien – und zuweilen greift auch jemand zum Brecheisen.

Auf der anderen Seite stehen private Sphären wie die Familie, die Clique (*barkada*) oder geschlossene Wohnsiedlungen (*gated communities*) hoch im Kurs. Das Haus gilt als Ort, wo alles in Ordnung sein muss. Folge ist, dass unterschiedliche Regeln an unterschiedlichen Orten gelten, Regeln, die oft nicht harmonieren (Rechtspluralismus). Privat aufgestellte Regeln (seien es die der Eltern oder die des Managements) widersprechen zwar zuweilen dem Gesetz (etwa Jugendschutzgesetzen oder dem Arbeitsrecht), werden aber eher befolgt, da sie als Vorrecht des jeweiligen »Bestimmers« anerkannt sind. Eltern verstehen es als staatliche Bevormundung, dass sie mit ihren Kindern nicht tun und lassen dürfen, was sie wollen und Arbeiter scheuen sich, von ihren Arbeitgebern gesetzlich vorgesehene Leistungen einzufordern, da »das hier halt nicht üblich ist.«

Das macht die Philippinen zu einem Flickenteppich aus Millionen kleinen Königreichen mit ihren je eigenen Regeln (wobei im Fall von Geschäften das allgegenwärtige Sicherheitspersonal eine Art Einreiseprozedur durchführt), während die dazwischen liegenden öffentlichen Räume als Zuständigkeit der Regierung gelten »und die Regierung, das sind nicht wir«, wie der Soziologe Randy David in einem persönlichen Interview erklärte.

Während Familie und Gemeinschaft als Orte, in denen sich Menschen nahestehen (*hindi ibang tao*), hoch im Kurs stehen und wohl entwickelt sind, scheint es an einer Begegnungskultur in der Öffentlichkeit, in der Fremde (*ibang tao*) auf zivilisierte Weise miteinander interagieren, weitgehend zu mangeln. So hat Randy David beobachtet, dass »Formen der Solidarität in einem Gefühl der Verpflichtung gegenüber Menschen verwurzelt sind, mit denen wir persönlich zusammenleben. In der anonymen Umgebung einer modernen Stadt fühlen wir uns nicht mehr so sehr verpflichtet« (Quelle: *Philippine Daily Inquirer* vom 29.2.2012).

Selbst Armut, laut Zialcita ein weiteres Hindernis für demokratische Verhältnisse in den Philippinen, lässt die von ihr betroffenen Menschen zu kommu-

nitären Lösungen neigen. Weltweit bevorzugen es arme Menschen, vornehmlich in ihrer Nachbarschaft aktiv zu werden, wie etwa Studien zu den Philippinen von Erhard Berner oder Thomas Kühn zu Brasilien belegen. Grund dafür ist, dass sie nur hier das Gefühl haben, die Dinge beeinflussen zu können, während die »große Politik«, die öffentlichen Einrichtungen oder die Stadtzentren als von der Mittel- und Oberschicht kontrolliert wahrgenommen werden.

Auf dem Amt, der Arbeit oder von Menschen, die sich für etwas Besseres halten, werden sie abschätzig behandelt, während nur auf Freunde, Nachbarinnen oder die Familie Verlass ist. An den Grenzen des eigenen Viertels beginnt fremdes Territorium. Hier haben andere das Sagen und stellen die Regeln auf, die es hier zu befolgen gilt – und das in einer Sprache, die die einfachen Menschen nicht beherrschen, sei es, weil sie juristisch verklausuliert ist, sei es, weil es sich um eine Sprache handelt, die bei ihnen »nosebleed (Nasenbluten)« verursacht, wie Filipin@s auf der Straße leicht panisch erklären, wenn sie gezwungen sind, Englisch zu sprechen. Politik ist nicht nur »da oben«, sondern auch »da draußen«.

Natürlich können wir auch durch das Engagement in Räumen, die uns vertraut sind (Nachbarschaft, Freundeskreis, Familie), zu »Bürger*innen« dieser Räume werden, indem wir uns über unsere Rechte bewusst werden und in gewohntem Terrain den Mut entwickeln, uns für unsere Rechte (und die Rechte anderer) einzusetzen. Kommunitarismus ist also nicht Vordemokratisches, sondern eine andere Art von Demokratie. Aber er ist zugleich eine beschränkte Form der Demokratie, da sie auf Wahlverwandtschaften und Geselligkeit mit bestimmten Leuten beruht und somit zugleich alle anderen ausschließt. Es ist eine Demokratie von »tausend kleinen Festungen«, wie der Sozialphilosoph Michael Walzer es auf den Punkt gebracht hat. Auf Tagalog ausgedrückt: Hier herrscht eine Haltung des *tayo-tayo* beziehungsweise *barrio-barrio* vor. In ein exklusives Wir (*kami*) werden nur jene einbezogen (und somit zu einem inklusiven Wir: *tayo*), die sich als eine/r von uns erweisen. Hier sind »wir« nicht allein, können aber ganz unter uns bleiben. Das ist mehr als das liberal-egoistische »*kanya-kanya*« (jede/r für sich selbst und für seine Lieben), aber es bleibt nichtsdestotrotz eine exklusive Inklusivität. Hier mag der fremde Andere (*ibang tao*) toleriert werden, akzeptiert und willkommen geheißen wird er oder sie aber nicht, wie der Sozialphilosoph Agustin Rodriguez in seinem 2009 erschienenen Manifest »*Governing the Other – Exploring the Discourse of Democracy*« beklagt.

Eine kommunitaristische Orientierung zeichnet sich allerdings nicht bloß dadurch aus, dass man dem zuneigt, was einem nahe steht. Sie führt auch dazu, dass die anderen Hindernisse für eine demo-

kratische Kultur in den Philippinen, die Zialcita ausgemacht hat – nämlich die Dominanz hierarchischer Beziehungen (die einen Mangel an Diskussionskultur zur Folge hat) als auch die weitgehende Abwesenheit eines Diskurses über Demokratie in den Landessprachen wie Tagalog oder Cebuano – fortbestehen können.

Für den Fortbestand hierarchischer Beziehungen ist es von zentraler Bedeutung, dass in den Philippinen die Tendenz vorherrscht, Rechte des Einzelnen hinter kollektiven Bedürfnissen und kommunalen Solidaritäten zurückstehen zu lassen. Grund dafür ist unter anderem, dass in einem bloß rudimentär ausgebauten Wohlfahrtsstaat wie den Philippinen der Zugang zu materiellen Leistungen (Gesundheit, Bildung, Altersabsicherung) stark von der Mitgliedschaft in einer Familie oder einer konkreten Gemeinschaft abhängt. Von den Individuen wird daher im Zweifelsfall gefordert, sich einzufügen (*pakikisama*). Man erfährt bereits als Kind, dass diejenigen, die etwas in Frage stellen und entgegen (*hirit*) als »disturbo« (Querulant)«, als »makulit (aufdringlich)« oder gar als »bastos (unverschämt)« gelten. Noch heute halten viele Eltern ihre Kinder für »walang respeto (respektlos)«, wenn diese nicht einfach schlucken und befolgen, was ihnen gesagt wird, sondern etwas erwidern (*sumasagot* – wörtlich: antworten).

Weil sie (direkte) Kritik nicht gewohnt sind, nehmen viele Filipin@s Kritik schnell persönlich und reagieren dann etwas aggressiv oder empfindlich (*pikon*) – selbst wenn sie nicht als Person, sondern als Amtsträger*in (als Politikerin, als Beamte oder als Funktionär) kritisiert werden. Das erschwert die Entstehung eines öffentlichen Diskurses (in Verbindung mit einem Mangel an Reflektiertheit ein weiteres Hindernis, das Zialcita benennt). »Unsere politische Kultur ist an klare Worte gewöhnt«, so der Leitartikel des Philippine Daily Inquirer vom 13.9.2012: »Zwischen politischen Attacken (*bomba*) und überschwänglichen Komplimenten (*bola*) findet kaum etwas anderes Platz.«

Die Management Association der Philippinen beschwerte sich, dass im Jahr 2010 vier von zehn Absolventen nicht eingestellt wurden, weil ihnen »weiche« Kompetenzen fehlten, etwa kritisches Denken, Initiative oder effektive Kommunikationsfähigkeiten (Quelle: Philippine Star, 1.11.2010). Die Citizenship-Theorie geht jedoch – in der Tradition des Psychologen Lawrence Kohlberg – davon aus, dass die Fähigkeit, kritisch und postkonventionell zu denken, das heißt das Gegebene zu hinterfragen (*hirit*), eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung von Bürgersinn ist. Dem gegenüber gilt das gängige Bildungs- und Erziehungssystem in den Philippinen als eines, das konventionell denkende, konformistisch handelnde und angstbestimmte Individuen hervorbringt (siehe dazu die Kolumne *CCTV God* des Anthropologen Michael Tan im Philippine

Daily Inquirer vom 3.4.2012.) – kurzum: *good girls and boys* (gute Mädchen und Jungen), wie man sie in den Philippinen nennt.

Zudem wird die kommunitaristische Orientierung in den Philippinen noch durch die vorherrschenden feudalen Umgangsformen abgestützt. Im Prinzip beruht der kommunitaristische Ansatz zwar ganz wie der Liberalismus auf der Idee einer Gesellschaft von Gleichen, zugleich vertritt er aber de facto eine ähnliche Idee von der Rolle eines Staates bei der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Feudalismus. Hier wie da werden staatliche Dienstleitungen nicht in erster Linie als ein Recht, sondern als Ausdruck des Wohlwollens verstanden – auch wenn sie das nicht auf dieselbe Art und Weise begründen. Für den Kommunitarismus ist Sympathie der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, für den Feudalismus ist es die verpflichtende Beziehung zwischen Ungleichen (die da ungleich auch über unterschiedliche Rechte verfügen). Was beide verbindet, ist jedoch, dass sie gereizt reagieren, wenn gemeine Menschen (*common tao*) Rechte einfordern.

Hier und da werden die Forderungen in Formen von persönlichen Bitten (*hingi*) um einen Gefallen verpackt. Eigenschaften wie »mabait« (großzügig), »madaling lapitan« (zugänglich) oder »malapit sa mahihirap« (den Armen nah) hält Randy David für »die am häufigsten verwendeten Wörter, wenn philippinische Wähler*innen Politiker*innen beschreiben, die ihnen gefallen« (Philippine Daily Inquirer, 11.4.2012). Hier geht die kommunitaristische Logik der Nähe (*lapit!*) eine unheilige Allianz mit Haltungen ein, die aus feudalen Patronageverhältnissen zwischen einem Vasall und einem Herren stammen.

In einem solchen Kontext sind die Satzungen von Bürgerrechten, die mittlerweile in den meisten Behörden hängen, oder Schulungen über Bürgerrechte eher mit Reiswaffeln zu vergleichen, »lecker, aber drinnen nichts als Luft« (Katrina Santiago: *Ampaw republic*, Manila Times vom 19.3.2014). Sie sind nur symbolisch, aber (noch) nicht fester Bestandteil der sozialen und kulturellen Ordnung. Der »heimliche Lehrplan« der Alltagskultur, in dem etwa steht, dass es »bastos« sei, einer Autorität Widerworte zu geben (*hirit*), hat einen größeren Einfluss auf das persönliche Verhalten in politischen Fragen als die formalen Inhalte des Staatsbürgerschaftsunterrichts.

Ohne eine entsprechende Änderung der vorherrschenden kommunitaristischen Einstellungs- und Wertmuster, die in einem reduzierten Verständnis von Citizenship resultieren, wird es schwierig sein, die verschiedenen, seit langem bestehenden Probleme der Philippinen zu lösen. Weder wird die Armut überwunden, noch die hohe soziale Ungleichheit oder die unzureichende Beteiligung des einfachen Volkes am demokratischen Prozess.

Die geringen Ansprüchen der Filipinos an ihren Staat, gepaart mit einer Strategie, die Defizite und Probleme durch individuelles Handeln oder Handeln innerhalb kleiner Gruppen (im Sinn von Gemeinschaften) zu bearbeiten bzw. zu überwinden, stehen der Herausbildung einer demokratischen Kultur im Wege, ebenso der Entwicklung eines Bewusstseins von gemeinsamer Gesellschaft jenseits der konkreten Gemeinschaften (*communities*).

Weitgehend abwesend erscheint auch das Bewusstsein der sozialen Rechte der Bürger und entsprechender Pflichten des Staates, v. a. wenn es um eine stärkere Sozialstaatsorientierung gehen sollte.

Der neoliberale Komplize

Ein kommunitaristischer Ansatz zeigt nicht nur ähnliche Auswirkungen wie der Feudalismus, auch mit neoliberalen Ansätzen lässt er sich gut verbinden. Sie treffen sich in ihrer Unterstützung für einen schlanken Staat und darin, dass sie ihn bloß als einen »letzten Ausweg« verstehen. Sie beide nehmen die Bürger*innen über die Maßen in die Verantwortung und glauben, ein Gemeinwesen könne größtenteils durch private Initiative und freiwilliges Engagement – ob durch Unternehmen, durch Vereine oder durch Selbsthilfe – aufgebaut und aufrecht erhalten werden. Diejenigen, die einen neoliberalen Umbau vortreiben (etwa im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen), versuchen daher in hohem Maße auf kommunale Ressourcen zurückzugreifen, wie etwa der Hype um gemeindebasierte Mikrokredite zeigt.

Beide Ansätze haben eine Art Proto-Wohlfahrtsstaat zur Konsequenz, der kaum mehr als eine Grundversorgung anbietet, und tragen zum Fortbestand einer Dichotomie von schwachem Staat und starker Gesellschaft, von einem vernachlässigten öffentlichen Raum und einem gut gepflegtem privaten Raum bei. Der in den Philippinen vielerorts anzutreffende Rechtspluralismus, wie er weiter oben illustriert wurde, ist ein Beispiel für solch eine Dichotomie.

Erfolg und Misserfolg werden in Kommunitarismus wie auch in Neoliberalismus in die Verantwortung des Einzelnen gelegt, so dass Lebenserfolg von guten »individuellen Überlebensstrategien« abhängt. In einem solchen Rahmen von Freiwilligkeit und Verantwortlich-gemacht-werden (die Gouvernentalitätsstudien sprechen von Responsibilisierung) werden wirtschaftliche Probleme zu persönlichen Problemen gemacht und den Menschen wird geraten (bzw. sie werden in mit Bedingungen verknüpften Sozialprogrammen dazu gezwungen), sich selbst zu helfen statt (zu viel) vom Staat zu erwarten. Da ist der Schritt nicht weit, sie auch selbst für die Not verantwortlich zu machen, in der sie sich befinden mögen (Selber schuld/*blame the victim!*). Oder wie



man es oft in den Philippinen zu hören bekommt: »It's up to you (wie Du willst)!« Die Effekte neoliberaler Politik, Armut und sozialer Ungleichheit, lassen sich dann als individuelles Versagen abtun, was den Staat von seiner Verantwortung entbindet, für gute Lebensbedingungen zu sorgen.

Die Herausforderung des Fremden

Freundschaftsdienste und familiäre Verbindlichkeiten (der kommunitaristische Ansatz) können sehr wohl dafür sorgen, dass diejenigen, die zu diesen Kreisen gehören, Aufmerksamkeit erhalten und zu ihren Rechten kommen. Wahrscheinlich empfinden wir emotionale Bande sogar als verpflichtender als ein gesetzlich kodifiziertes Menschenrecht. Das Problem hier ist aber, dass wir nicht alle Menschen lieb haben können – und viele nicht einmal lieb haben wollen. Menschenrechte, die auf der Idee aufbauen, dass jeder zu seinem und zu ihrem Recht kommen sollte und das ohne Ansehen der Person, kann der Kommunitarismus also nicht gewährleisten. Herzensgut (*bait*) und geschwisterlich (*pakikipagkapwa*) verhalten wir uns in erster Linie denen gegenüber, die wir kennen und die wir mögen; Mitleid (*awa*) haben wir meist mit denen, die uns persönlich begegnen. Diese Prinzipien aber versagen, wenn wir sie auf anonyme und pluralistische Großgesellschaften übertragen

wollen – Gesellschaften also, in denen die meisten Menschen uns fremd und unvertraut sind (*ibang tao*) und viele so anders sind als wir und uns sonderbar vorkommen.

Für Zialcita ist es »eines der größten Probleme in den Philippinen, dass die Rechte des anonymen Fremden fortwährend missachtet werden.« »Obwohl wir sehr hilfsbereit gegenüber denen sind, die wir von Angesicht zu Angesicht getroffen haben und denen wir vertrauen«, so Zialcita, »neigen wir dazu, die Rechte derer zu ignorieren, die wir nicht kennen und nie treffen werden«.

Sich darauf zu verlassen beziehungsweise von Menschen zu erwarten, dass sie Mitleid zeigen (*kawawa naman siya*), wenn sie jemandem in Not begegnen, ist auch aus einem weiteren Grund problematisch. Mitleid errichtet und zementiert soziale Ungleichheiten, wenn eine solche Anteilnahme einseitig bleibt, weil sich nur der/die Reichere leisten kann, Mitleid zu zeigen, während dem Ärmeren nichts übrig bleibt, denn als Mitleidsempfänger zu fungieren. Das versetzt den Ärmeren in eine ständige Dankesschuld (*utang na loob*), die er oder sie nicht zurückzahlen weiß außer dadurch, sich als dankbarer Klient zu erweisen.

Hier kommt auch zum Ausdruck, dass gemeinschaftsorientierte Lösungen für gesellschaftliche Probleme oft das Problem sozialer Ungleichheit übersehen. Oft werden hier Gemeinschaften ide-

»Sa kalinisan magsama-sama (Gemeinsam für die Umwelt)« – doch der Sinn für den öffentlichen Raum ist nicht sonderlich ausgeprägt. Binangonan, Rizal 2017
Foto:
Niklas Reese

alisiert – wie etwa wenn die Stärkung von Familie und *communities* als Patentlösung für sozialen Zerfall gepriesen werden – ohne dass Machtungleichgewichte *innerhalb* dieser Gemeinschaften problematisiert werden. Der philippinische Psychologe Virgilio Enriquez stellt in seinem Standardwerk *From colonial to liberation psychology: the Philippine experience* zu Recht fest, dass »*pakiisa* (Einheit)«, die er für die dichteste Form menschlichen Zusammenlebens hält, voraussetzt, dass die Beteiligten »nahezu auf einer Stufe stehen, was Geld, Macht und Einfluss betrifft«.

Während Mitgefühl beziehungsweise Mitleid die Anerkennung und Durchsetzung von Rechten sicherlich maßgeblich erleichtert, reichen sie dennoch nicht aus, um jeden *gleichermaßen* zu seinem Recht kommen zu lassen. Sie sind zu unzuverlässig, um als Grundlage für Rechtsansprüche zu fungieren, auch weil es uns überfordert, ständig ganz von allein mit allen, die darauf angewiesen sind, Mitleid zu haben und uns mit ihnen solidarisch zu zeigen.

Der Graben zwischen Norm und Wirklichkeit, wie er in der Charakterisierung der Philippinen als »*Ampaw republic*« zum Ausdruck kommt, drückt sich auch darin aus, dass die Philippinen von zwei widersprüchlichen sozialphilosophischen Ansätzen reguliert zu sein scheinen. Während dort, wo sich nahe stehende Personen (*hindi ibang tao*) begegnen, kommunitäre Grundsätze vorherrschen, ist die gesellschaftliche Sphäre, also der öffentliche Raum, in dem die meisten, denen wir begegnen, Fremde (*ibang tao*) sind, de facto von einem vulgären Liberalismus bestimmt, in dem *kanya-kanya* (jede/r für sich) als oberstes Prinzip gilt, in der uns der andere meist gleichgültig ist und nur dann interessant wird, wenn er mir nützen könnte (Win-Win-Situationen) beziehungsweise zu meinem Feind wird, wo wir um knappe Ressourcen konkurrieren, wie Randy David es näher in seiner Kolumne *Gridlock Culture*, im *Philippine Daily Inquirer* vom 29.2.2012, ausführt.

Da tut es nicht Wunder, dass vieles von dem, was als typisch für eine rein liberale Gesellschaft gilt, auch in den Philippinen anzutreffen ist: De facto wird Unternehmen freie Hand gelassen, was sie in ihren Unternehmen tun und lassen (siehe *Brand as usual* in der *südostasien* 4/2015, S. 55–58); Einkommen und Vermögen werden bloß moderat besteuert; Selbstverantwortung wird in der Bildungs- und Gesundheitspolitik großgeschrieben, während zugleich der Zugang zu Bildung und Gesundheit stark vom Geldbeutel abhängt.

Elemente der philippinischen Alltagskultur als Bausteine für eine Bürgergesellschaft

Wie ich im Artikel über Bürgersinn und Staatsverständnis in den Philippinen ausgeführt habe, kann – neben der Verbesserung der Leistungsfähigkeit des

Staates – es als eine der zentralen Herausforderungen für die Vertiefung des Bürgersinns hierzulande gelten, mehr staatliches Engagement auch denk- und vorstellbar werden zu lassen. Gleichermäßen gilt es dafür zu sorgen, dass die »große Politik« nicht nur von den wenigen eingessenen und reichen Familien gemacht wird, sondern auch die breite Masse wirklich mehr als ein Wörtchen mitzureden hat. Die Losung, dass die Verhältnisse nicht gegeben, sondern gestaltbar sind – und dass dies unter Beteiligung aller durch sie betroffenen Menschen (*stakeholders*) geschehen sollte – stand mit Aufklärung und französischer Revolution am Anfang der politischen Moderne. Sie hat maßgeblich die *Ilustrados*, die in Europa studierenden Filipinos wie Rizal oder de los Reyes geprägt, die diese Ideen zurück in die Philippinen brachten, wo sie sich mit kulturellen Traditionen verbanden, die sich in vielen Jahrhunderten vor Ort ausgeprägt hatten. Die Unabhängigkeitsbewegung ist ein Produkt dieses Amalgams. Und wie damals, so kann die Idee einer Demokratisierung des Landes auch heute auf Konzepte zurückgreifen, die in der philippinischen Alltagskultur angelegt sind (während sie andere Konzepte, die noch die Vorherrschaft haben, verdrängen muss). Eine Idee von Demokratisierung, in der niemand hinten runterfällt, sobald er oder sie ohne Nutzen zu sein scheint (wie im Liberalismus) – in der es aber auch nicht unumgänglich ist, zur lieben Familie zu gehören (wie im Kommunitarismus), um zu seinem Recht zu kommen. Eine Idee, die die Sozialphilosoph/innen Emma Jones und John Gaventa in ihrem 2002 erschienenen Artikel *concepts of citizenship* vom Liberalismus und Kommunitarismus unterscheiden und »Republikanismus« nennen.

Wie der Kommunitarismus versteht der Republikanismus den Menschen als in Beziehungen eingebunden (in Tagalog: *kapwa*) – und nicht wie der Liberalismus als jemanden, der sich auf sich verlässt. Aber wie der Liberalismus wiederum ordnet der Republikanismus *nicht* die individuellen Menschenrechte im Zweifelsfall den Bedürfnissen der Gemeinschaft unter.

Der Ansatz des Republikanismus könnte auch auf grundlegende Konzepte der politischen Kultur in den Philippinen zurückgreifen. Bislang werden diese Konzepte jedoch im Sinne des Kommunitarismus ausgelegt, was heißt, sie werden gemeinhin auf jene begrenzt, die uns nahestehen (*hindi ibang tao*). Republikanisch wären sie aber erst dann, wenn alle Menschen als Individuum begriffen werden, denen wir diese Rechte zustehen lassen, auch jene, die wir nicht kennen und jene, die nicht so sind wie wir (*ibang tao*).

Zu solchen Konzepten können etwa *pakikisama* (Zusammengehörigkeitsgefühl) oder *bayanihan* (gegenseitige Unterstützung) gezählt werden oder Haltungen wie *malasakit* (Mitgefühl) und



pakikiramdam (Einfühlungsvermögen). Gleichmaßen könnten Werte wie Respekt zeigen und erwarten (*respeto*), Anerkennung (*pagpapahalaga*), Ehre (*dangal*) oder Stolz (*amor propio/garbo*), die in der philippinischen Gesellschaft allerorten angetroffen werden können, als Ressourcen angezapft werden, um darauf eine Anerkennung der Rechte des Anderen und Fremden zu fundieren (ausführlicher siehe Reese 2015).

Oft reagieren Filipinos und Filipinas *tampo* (eingeschnappt), *kulit* (beharrlich) oder *pasaway* (trotzig) oder machen *reklamo* (das heißt: beschweren sich), wenn sie bekommen möchten, auf was sie ein Anrecht zu haben glauben; dies könnte als Anzeichen gewertet werden, dass Filipin@s sich durchaus ihrer Rechte bewusst sind – und nicht einfach bloß folgsam (*masunurin*) und auf Harmonie bedacht, wie eine die asiatische Lebensweise romantisierende Kulturwissenschaft behauptet.

Schlussendlich ist es nicht »die philippinische Kultur« per se, sondern Feudalismus, soziale Ungleichheit und die hierarchischen und autoritären Elemente, die in der Gesellschaft vorherrschen, die die wesentlichen Hindernisse für einen Bürgersinn sind, der auf dem Grundgedanken der Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder – ob reich oder arm, Mann oder Frau, Freund oder Fremder – gründet.

Ganz im Sinne von Jemy Gatdula, der in seiner Kolumne in der *Business World* vom 4.3.2010 feststellt: »Wir sind mit Sicherheit keine beschädigte Kultur (damaged culture). ... Wenn es den

Wähler*innen in unserem Land an Reife mangelt, dann liegt das daran, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse es ihnen nicht erlauben, diese Reife zu erlangen und weil die Elite, durch ihre protektionistische Haltung und indem sie das Patronagesystem in Wirtschaft und Politik aufrechterhält, dafür sorgt, dass es zu einer solchen Reifung nicht kommen wird.«

Der Nahbereich als Rückzugsort – und als sicherer Hafen. Manila, 2012
Foto:
Niklas Reese

Weiterführende Literatur

- › Matuschek, Ingo, Uwe Krähnke, Frank Kleemann & Frank Ernst (2011): *Links sein – Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- › Reese, Niklas (2015): *Handa sa laban araw-araw? (Ready to fight every day?) – Readiness to Political Action and Sense of Entitlement: How strong is Citizenship in the Philippines? With a Special Focus on International Call Center Agents*. Die Dissertation ist unter hss.ulb.uni-bonn.de/2015/3896/3896.htm im Internet zugänglich.
- › Reese, Niklas und Carreon, Joefel (2013): No call for action? – Why there is no union (yet) in Philippine call centers. Der Artikel ist im Heft 6(1) des *Austrian Journal of South-East Asian Studies* erschienen und ist unter seas.at/aseas/6_1/ASEAS_6_1_A8.pdf im Internet zugänglich.
- › Zialcita, Fernando (1997): »Barriers and bridges to a democratic culture.« In M. Diokno (Hrsg.), *Democracy and Citizenship in Filipino Political Culture*, (pp. 39–68). Quezon City: University of the Philippines Press.